



Madrid 27. April 1892.

Hochgeehrter Herr Bundesrath,

Nachdem der offizielle Empfang seitens der Königin und die in unmittelbarem Gefolge stehenden wichtigsten Formalitäten erledigt sind, wurde unsere Delegation gestern im Bureau des Staatsministers, Duc de Tetuan, der spanischen Kommission für die Vertragsunterhandlungen vorgestellt.

Wir hatten Gelegenheit, schon vorher auf privatem Wege mit dem Chef derselben, Herrn Navarro Reverter, Secretär des Finanzministeriums, Führung zu nehmen und die Ideen dieser Herren gegenüber unserer Sache

An das  
 Departement des auswärtigen  
 Handelsabtheilung  
Bern.



einigermaßen kennen zu lernen. Die erste,  
gemeinschaftliche Sitzung fand nun  
heute Nachmittag um 2 Uhr statt.

Herr Navarro Reverter, zum  
Präsidenten ad hoc ernannt, versicherte  
uns der Sympathien seiner Regierung  
zur Schweiz und gab dem Wunsche  
Ausdruck zu einem Verträge zu gelangen,  
da den Handel zwischen beiden Ländern  
hebe, wobei insbesondere auch darauf  
Bedacht genommen werden müsse,  
dass der Verkehr mehr direkte Gestalt  
annehmen müsse, statt des bisherigen  
Charakters eines Transitverkehrs. Nachdem  
die freundlichen Gesinnungen unsererseits  
erwidert waren, übermittelten wir  
auftragsgemäss der spanischen Kommission  
unseren Verträge-Entwurf, sowie die  
aufgestellten Tarif Begehren und stellten  
das grundsätzliche Verlangen dass die

Verhandlungen auf Grundlage der  
Meistbegünstigung geführt werden.

Die Antwort, die uns auf diesen  
Punkt ertheilt wurde, lautete categorisch  
dahin, dass über diesen Punkt eine  
Discussion nicht möglich sei; wie uns  
übrigens die spanische Regierung schon  
anlässlich ihres Einladungsschreibens  
schon bestimmt erklärt habe. Darüber  
sei an Hand gemachter Erfahrung  
nicht nur die Regierung, sondern auch  
der spanische Handel völlig einer  
Meinung. Immerhin wurde an die  
Stelle der allgemeinen und bedingungs-  
losen Meistbegünstigung die gegen-  
seitige Verpflichtung treten, auf dem  
Boden des Conventionaltarifs kein Land  
gegenüber dem anderen zu begünstigen.  
Auf unsere Zwischenfrage, wie es gehalten  
werden soll, wenn einem 3<sup>ten</sup> Staate

(beispielsweise Frankreich) demnach die allgemeine Meistbegünstigungsklausel zugestanden werden sollte, wurde erwidert, es mache dies keine Schwierigkeit sich gegen diese Eventualität zu sichern, indem man eine Bestimmung in den Vertrag aufnehme, durch welche <sup>gegenüber</sup> ~~gegenüber~~ diejenigen Vorteile zugesichert werden, die später einem dritten Staate eingeräumt werden."

Ihren Eröffnungen setzten wir die Erklärung gegenüber, dass wir kraft unserer bestimmten Instruktion von der Meistbegünstigungsklausel nicht abgehen können und dass solches auch von Seite unserer Regierung nicht zu erwarten sei:

Sabei wollen wir nun aber Ihnen, Herrn Bundesrath, gegenüber unsere Meinung offen dahin aussprechen

dass die Erlangung der Meistbegünstigungs-  
 clausel im Sinne der bisherigen  
 Verträge unmöglich sein wird. In  
 diesem Geiste haben sich nicht nur der  
 Präsident des Ministeriums (Canovas  
 del Castillo), der im Uebrigen uns günstig  
 gesinnt scheint, sowie der Minister  
 des Auswärtigen ausgesprochen, sondern  
 es stehen auch die englischen und  
 schwedischen Unterhändler vollkommen  
 unter dem Eindruck dieser Unmöglichkeit.

In eine weitere Berathung der Punkte  
 unseres Vertragsentwurfes und der  
 Tarifgebühren konnte die spanische  
 Kommission heute selbstverständlich  
 noch nicht eingehen, machte sich aber  
 verbindlich, die beiden obenstehenden  
 prüfen und in der nächsten Sitzung zu  
 discutieren und es wurde hiefür den  
 Sonntag 1. Mai, V. M. 10 Ubr, angesetzt.

Am Schlusse der Sitzung kam der  
 Präsident auf den schon Ganges dieses  
 Berichtes erwähnten Punkt zurück,  
 nämlich den Verkehr zwischen der Schweiz  
 und Spanien vertragsgemäss zu einem  
 mehr directen zu gestalten, indem die  
 Regierung hierauf einen grossen Werth  
 lege. Herr Navarro Reverter sagte, er  
 könne hierüber bestimmte Anträge noch  
 nicht stellen, sondern müsse selbst die  
 Sache noch näher studiren; seine Absicht  
 gehe im Allgemeinen dahin, den Verkehr  
 mit der Schweiz von dem Zwischenhandel  
 mit Frankreich und von dem Transit  
 durch dieses Land möglichst unabhängig  
 zu machen und die Transportkosten als  
 einen wichtigen Factor der Concurrenz-  
 fähigkeit durch alle Mittel zu vermindern,  
 als ein solches Mittel betrachtet er  
 namentlich auch die Inschadung über

den Seeweg Barcelona-Genua, wobei  
 eventual eine Subvention der spanischen  
 Schiffe seitens der hiesigen Regierung in  
 Aussicht genommen würde. Wir haben  
 unsererseits um nähere und bestimmtere  
 Formulierung dieses Gedankens, ohne uns  
 von vornherein ablehnend dagegen zu  
 verhalten.

An das Departement richten wir nun  
 die höfliche Bitte uns alles Material  
 welches über die Transportverhältnisse  
 Schweiz-Genua Aufschluss giebt beförderlichst  
 einzusenden (Gotthard verträge und schweizerisch-  
italienische Tarife).

Bezüglich der schwebenden Unterhandlungen  
 mit England und Schweden. Obwegen haben  
 wir in Erfahrung gebracht dass dieselben  
 noch immer mangels neuer Instruktionen  
 aus diesen Staaten in suspenso sind.  
 Auch bleibt noch zu erwähnen dass in

einer gestrigen Konferenz die spanische  
 Commission auf dessen im Namen seiner  
 Regierung gestellten Anfrage die positive  
 Antwort ertheilte, es werde Spanien  
 in keinem Verhage mehr irgend einem  
 Staate die Meistbegünstigungsclausel  
 zugestehen.

Schließlich zeigen wir Ihnen noch den  
 Empfang Ihrer Sendungen vom 12. 19. &  
 22. dieses Monats, sowie der Abdrücke des  
 italienischen Handels-Verhages an.

Genehmigen Sie, hochgeachteter Herr  
 Bundesrath, die Versicherung unserer  
 angezeigten Hochachtung.

Kell